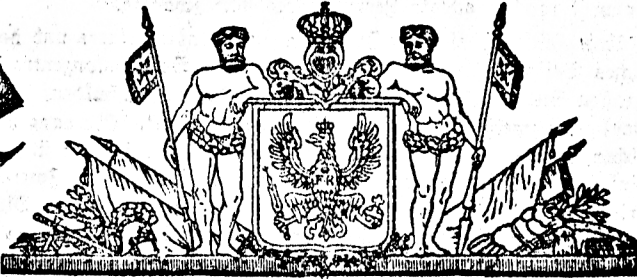


Vossische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Heise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Bezug: Monatlich 3.75 M., vierteljährlich 11.25 M. In Groß-Berlin und Umgegend durch eigene Boten täglich zweimal frei ins Haus, sonst durch die Post. — Anzeigen: Zeile 1,60 M. u. 88% Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelstells): i. V. Rolf Galler in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co., Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291

Die Streikgefahr in England.

Trennung von Nord- und Südengland.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

In Kopenhagen, 19. Juli.

Mitten in die englischen Stegeseste ist, wie bereits gemeldet wurde, zum Streik der Kohlenarbeiter nun auch ein Streik der Eisenbahnarbeiter gekommen, der die Verbindung zwischen dem Süden und Norden des Landes vollkommen getrennt hat. Als Ursache dieses Ausstandes wird ein merkwürdiger Grund angegeben. Die „Politiken“ berichtet, wurden bei den Eisenbahnen vor einiger Zeit periodische Augenproben eingeführt, um zu vermeiden, daß Beamte mit geschwächtem Sehvermögen weiter im Amte bleiben könnten. Ein Lokomotivführer weigerte sich, sich dieser Prüfung zu unterziehen und wurde infolgedessen entlassen. Daraufhin erklärten die Lokomotivführer, daß sie selbst die Prüfungen vornehmen wollten. Plötzlich verkündeten sie, ohne sich mit dem Vorgesetzten ihrer Organisation in Verbindung zu setzen, den Streik. Die Ausstandsbewegung verbreitete sich mit ungeheurer Schnelligkeit.

Der Verkehr von London nach Schottland ist seit gestern Abend vollständig unterbrochen. Im Tyne-Distrikt, dem wichtigsten Kohlenbezugs-Land des Landes, mußte infolgedessen die Arbeit eingestellt werden. Die Schiffe liegen untätig in den Häfen; Tausende von Arbeitern sind beschäftigungslos geworden. Das Aufhören jeder Verbindung hat in den großen Städten bereits fühlbaren Mangel erzeugt. Die Preise für Obst und Gemüse haben bereits eine schwindelhafte Höhe erreicht.

In sehr besorgten Ausführungen nimmt die Presse zu dem Ausstand der Bergarbeiter Stellung. Die konservativen Blätter „Morning Post“ und „Daily Graphic“ sprechen von einer unentrinnbaren Katastrophe, die ebenso jetzt wie später kommen könne. Die „Morning Post“ meint, daß die ganze Industrie zugrunde gehen und jede Familie Not leiden werde, wenn diese Bestrebungen der Bergarbeiter von der Regierung nicht durchkreuzt würden. „Daily Graphic“ prophezeit geradezu, daß sich das Land in wenigen Monaten in der Gewalt des Bolschewismus befinden werde, wenn die Regierung nicht energisch eingreife. „Daily Chronicle“ steht einen ersten Konflikt zwischen

den Bergarbeitern und der übrigen Bevölkerung kommen. Wenn die Bergarbeiter blinden Führern blind folgen wollten, könne keine Macht der Welt das Land retten. „Daily News“ sucht die Ausständigen durch einen Appell an wirtschaftliche Vorteile zu überreden, indem sie sagt, daß die Regierung sich nicht mehr für die Sozialisierung des Bergbaues interessieren würde, wenn die Arbeiter sich die Sympathien der Bevölkerung verschätzten.

Stauung in den Londoner Docks.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

In Kopenhagen, 19. Juli.

In England herrscht, wie „Politiken“ melden, ausfallenderweise eine gewisse Lebensmittelknappheit, verbunden mit hohen Preisen. Jeder ist immer noch rationiert, und man nimmt auch an, daß noch andere Lebensmittel wieder der Rationierung unterworfen werden. In Anbetracht dieser Lausche ist es merkwürdig, daß in den Londoner Docks ungeheure Mengen von Tee, Butter, Zucker, Obst, Röhre, Wein und anderen Nahrungsmitteln liegen sollen. Die Lagerhäuser sind bis ans Dach voll gestopft mit Waren. Auf den Flüssen liegen ganze Flotten von schwer beladenen Dampfern und warten darauf, abgeholt zu werden. Überall steht man Hunderte von Fahrzeugen, die als Stoppplätze benutzt werden. Niemand weiß, wann sie abgeholt werden sollen, oder was sie laden. „Daily Express“ teilt als Grund hierfür mit, daß die Waren ständig unter der Kontrolle der Regierung sind und nicht in den freien Handel kommen können. Für den Transport der Waren werden nur zu ungünstigen Preisen gefordert, daß die Kaufleute es vorziehen, abzuwarten, weil sie mit der Zeit wieder auf die Herabsetzung der Preise hoffen. Auch die großen überseeischen Schiffe mit Lebensmitteln liegen still, und das ist um so bedenklicher, als London das Hauptzentrum für die Verteilung von Lebensmitteln über das ganze Land ist und der Mangel an Eisenbahnmaterial den Transport auf dem Landwege auch erschwert bzw. unmöglich macht. Schließlich halten auch die Spekulanten ihre Waren zurück, weil sie auf ein weiteres Ansteigen der Preise hoffen. Sie lassen lieber ihre Lebensmittel verderben und werfen sie weg, anstatt sie zu normalen Preisen an ihre Mitmenschen abzugeben. Das Blatt bezeichnet diese Verhältnisse geradezu als einen Skandal.

Kabnet keine weiteren Folgen haben werde, und daß das Ministerium sich Dienstag mit einem neuen Ernährungsminister vorstellen werde. Clemenceau „Somme Libre“ erklärt kategorisch, Boret allein sei geschlagen und werde sich zurückziehen. Die „Lumina“ ist befriedigt von der gestrigen Abstimmung und sieht darin einen Erfolg der Arbeiterbewegung gegen die Teuerung. Bleibe Clemenceau am Ruder, dann vergrößere er die Schwierigkeiten.

b Genf, 19. Juli.

Eine Abordnung der Confédération générale du travail, mit führenden Mitgliedern, a. a. Jouhaux, Bidegaray, Dumoulin an der Spitze, wurde, wie bereits gemeldet, gestern von Clemenceau empfangen. Die Delegation legte dem Ministerpräsidenten die Forderungen der Confédération, Amnestie, rasche Demobilisation, Senkung der Lebensmittelpreise usw. dar. Clemenceau antwortete, daß die Demobilisation angeordnet sei und daß eine Amnestie sobald als möglich der Kammer vorgelegt werden würde. Das Datum könne er aber noch nicht bestimmen. Der Ministerpräsident soll den Delegierten der Confédération erklärt haben, daß er politische Streiks nicht dulden könne und auf den 21. Juli vorbereitet sei. Jouhaux soll darauf geantwortet haben, der Streik richte sich gegen die Lebensmittelteuerung.

Jouhaux' Organ „La Bataille“ verlangt von den Arbeitern aus Anlaß des Simonschiebens des Generalstreiks Unterordnung unter die Disziplin. Clemenceaus Drohung habe man sich nicht unterworfen. Unter dem Druck der angekündigten Bewegung sei die Amnestie von 150 000 politischen und militärischen Verurteilten angesetzt worden. Die Demobilisierung werde Ende September beendet sein. Dadurch sei unempfindlich vieles erreicht worden. Was die äußere Politik anbetreffe, so werde der Kampf gegen die reaktionären Unternehmungen in Rußland und Ungarn fortgesetzt.

os Rotterdam, 19. Juli.

Gestern unterzeichnete Poincaré einen Beschluß, durch den ein wirtschaftlicher Rat errichtet wird, dessen Aufgabe es ist, alle Vorbereitungen für Lebensmittelversorgung, Preisverminderung, Unterdrückung von Spekulationen u. a. zu treffen und allgemeine Maßnahmen zu ergreifen für die Entwicklung und Kontrolle des wirtschaftlichen Lebens in Frankreich. Vorsitzender dieser neuen Körperschaft ist Clemenceau. Die übrigen Mitglieder gehen aus dem Ministerium für Finanzen, öffentliche Arbeiten, Handel, industriellen Wiederaufbau, Verkehr, Kolonien, Arbeit und befreite Strecken hervor.

Die Zement-Republik.

Ein Beitrag zur planlosen Wirtschaft.

Von

Robert Friedländer.

In einer Flugchrift „Arbeits-Demokratie“ hat Robert Friedländer dargelegt, wie sich die gleichartigen Industrien zu großen Körperschaften zusammenballen müssen — er hat sie „Wirtschafts-Republiken“ genannt —, um auf Grund demokratischer Selbstverwaltung alle wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Fragen aus sich und in sich zur Lösung zu bringen. Ich habe dargelegt, wie in solchen Wirtschafts-Republiken die Arbeiter in Form von Räten Mitbestimmungsrecht erlangen können und sollen. Wie dies der Weg sei, wieder zu einem natürlichen und sittlichen Verhältnis der Arbeitnehmer zu ihrem Werk zu gelangen. Und wie in solchen Körperschaften schließlich die großen sozial-wirtschaftlichen Gebote dieser Zeit in ihren vielerlei Formen zur Durchführung gelangen können.

Inzwischen hat der Gedanke der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsbörser durch den Wiffell-Wöllendorffschen Entwurf zu einer Planwirtschaft eine erhebliche, wenn auch zunächst negative Popularität gewonnen. Es ereignete sich das erstaunliche Schauspiel, daß sich die bürgerliche und die radikale Presse brüderlich vereint in den Armen liegen und die Planwirtschaft mit Aufwand von vielstimmiger Kraft „ablehnen“: die einen, weil der darin verkörperte Grundgedanke allzu sozialistisch, die andern, weil er zu wenig sozialistisch ist. Daß keiner der ungleichen Zeitgenossen bisher auf den Gedanken gekommen ist, die Opposition der andern Partei sei eigentlich die allerbeste Empfehlung des Vorschlages, muß selbst den Wundernehmen, der an die politische Fegung der deutschen Presse ein Tiefen-thermometer anzulegen gewohnt ist.

Ich will versuchen, an einem lebendigen Objekt die wirtschaftlichen und sittlichen Gedanken darzutun, die dem Begriff der Planwirtschaft zugrunde liegen. Deren Verwirklichung ist ein unabdingbares Gebot der Zeit; über die Form, in der sie verwirklicht werden, mögen sich die Berufenen streiten.

Die Zement-Industrie ist mir immer als ein typisches Beispiel für die Unzulänglichkeit ungeleiteter Privatwirtschaft erschienen; denn in wenigen Industrien fand eine so regellose, die Bedürfnisse des Marktes so völlig außer acht lassende „Gründung“ neuer Fabriken statt. Ihr stellen sich nämlich keine wesentlichen Hindernisse in den Weg: Rohmaterial gibt es in unbegrenzten Mengen; die Fabrikation ist ungemein einfach und verlangt keine besonders geschulten Arbeitskräfte (wie Spinnereien) oder besonders verzweigte, in jahrzehntelanger Erfahrung ausgebildete Beamtenschaft (wie der Großmaschinenbau). Wer drei Millionen auf der hohen Kante hatte und sich einen unzufriedenen Obergenieieur engagiert, besaß ein Jahr später eine fertige, allermodernste, in technischer und kalkulatorischer Hinsicht allen anderen Fabriken ebenbürtige Fabrik. War sie das nicht, so lag es am Obergenieieur.

So entstanden denn zahllose Zementfabriken, die ihren Entstehungsgrund und damit ihre Existenzberechtigung nicht darin fanden, daß die Vermehrung der Produktion eine wirtschaftliche Notwendigkeit war, oder darin, daß grundlegende technische Neuerungen, die in den alten Fabriken einzuführen unmöglich war, die Errichtung ökonomischer arbeitender neuer Fabriken rechtfertigten. Die also nicht technischen oder wirtschaftlichen Gedanken, sondern lediglich dem Studium des Kurszettels ihre Entstehung verdankten.

Dieser Überkapazität wurde durch Bindung in straffe Syndikate begegnet. Was aber wagemutige und geschickte Unternehmer nicht hinderte, nun erst recht als „Outsider“ sich in den Kampf mit den etwas ungeschickten Kolossen einzulassen, der auch gewöhnlich dazu führte, daß der fremde Eindringling in den Kreis der Bestehenden aufgenommen wurde. Man rückt eben noch etwas mehr zusammen. So kam es denn, daß die deutsche Zement-Industrie selbst in den Jahren ihres größten Wohlstandes bei einer Erzeugung von vier bis fünf Milliarden Zement nur etwa mit sechzig Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt war. Diese Leistungsfähigkeit von etwa sechzig Millionen Zement verteilt sich auf etwa dreihundertsechzig Aktien-Gesellschaften, beziehentlich, da manche Gesellschaften mehrere Fabriken besitzen, auf mindestens achtzig Fabrikationsstätten.

Heute ist — infolge des chronischen, durch Streiks und Minderleistung hervorgerufenen Kohlenmangels — die Erzeugung auf noch nicht zehn Millionen Zement zurückgegangen. Die Industrie ist also mit höchstens fünfzehn Prozent ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Nur Teile der Fabriken sind in Betrieb. Ja, vielfach greift man sogar zu dem Ausweg, einige Monate stillzuliegen, um Kohle anzusammeln und dann einen Monat in Vollbetrieb zu sein. Kurzum, es herrscht überall das, was die Direktoren unter sich als

*) „Der Spiegel“ Flugblatt Nr. 58.

Kabinettskrise in Frankreich?

Drahtmeldungen.

Versailles, 19. Juli. (W. Z. B.)

In der gestrigen Kammer Sitzung wurde über die allgemeine Teuerung und über die Ernährungspolitik der Regierung verhandelt. Die Maßnahmen der Regierung wurden aufs schärfste angegriffen, hauptsächlich von den Abgeordneten de Monzie und Paisant, die die Politik des Ministeriums Clemenceau für vollständig verkehrt halten und erklärten, man habe, um gegen die Teuerung anzukämpfen, die Gehälter erhöht, ein Gesetz gegen die Spekulanten gemacht, die sich nicht darum kümmerten, und schließlich einen Wirtschaftsausschuss ernannt. Man habe aber vergessen, daß Frankreich sich in einer äußerst schwierigen Lage befinde, und daß es Hilfe von seinen Alliierten hätte verlangen müssen. Schließlich wurde auch die Sozialpolitik aufs schärfste angegriffen, namentlich der Wertzoll, der Frankreich konkurrenzunfähig gemacht habe. Ernährungsminister Boret war als einziger Minister anwesend und verteidigte die Politik des Ministeriums. Er verwarf schließlich eine Tagesordnung Augagneur, der auch in die Debatte eingegriffen und erklärt hatte, das Ministerium habe sich unfähig erwiesen, gegen die Teuerung anzukämpfen. Belgien und Italien hätten Erfolge erzielt. Der Ernährungsminister erklärte, nur die Tagesordnung Renard annehmen zu können, doch wurde die Tagesordnung Augagneur mit 227 gegen 213 Stimmen angenommen. Durch diese Abstimmung ist das Ministerium in die Minderheit gebracht worden. Der Ernährungsminister Boret hat Clemenceau seinen Rücktritt angeboten, doch ist noch nicht bekannt geworden, ob er angenommen wurde und ob schließlich nicht doch das ganze Kabinet in die Krise hineingezogen wird. Die Entscheidung soll heute vormittag fallen.

Die gesamte Pariser Morgenpresse bespricht die gestrige Abstimmung in der Kammer. „Matin“ sagt, die Mehrheit der Kammermitglieder habe in den Wandelsprachen erklärt, daß die Abstimmung ein formeller Tadel der Regierungspolitik sei. Man habe nicht nur den Minister Boret, sondern die Gesamtpolitik des Kabinetts treffen wollen. Das Blatt glaubt, Clemenceau werde in der nächsten Kammer Sitzung am Dienstag die Vertrauensfrage stellen, damit die Kammer Gelegenheit habe, ihre unambigue Meinung auszusprechen. Das „Journal“ glaubt, daß die Abstimmung für das